

2015-10-15

**Stadt Dessau-Roßlau**Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040**N i e d e r s c h r i f t****über die Sitzung des Stadtrates am 23.09.2015**

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:08 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau  
**Leitung der Sitzung:** Herr Lothar Ehm Stadtratsvorsitzender  
Herr Frank Hoffmann 1. Stellvertreter  
Frau Angelika Storz 2. Stellvertreterin

**Anwesend:** **Soll: 50** **Ist: 38**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

**Es fehlten:****Fraktion der CDU**

Kolze, Jens  
Müller, Christa  
Schwabe, Jörg

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Fessel, Lutz  
Sanftenberg, Angela  
Semper, Manfred  
Stabbert-Kühl, Sabine

**Fraktion der SPD**

Müller, Angela

**Fraktion Pro Dessau-Roßlau**

Grünthal, Martin

**Fraktion der AfD**

Hernig, Andreas

**Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**

Melchior, Jost Dr.

**Fraktion der AfD**

Mrosek, Andreas

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, eröffnete die 10. Sitzung des Stadtrates mit gedenkenden Worten an den am 8. September 2015 verstorbenen Herrn Dr. rer. nat. habil. Jürgen Neubert:

„Mit großer Betroffenheit hat uns die Nachricht vom Tod unseres Ehrenbürgers der Stadt Dessau-Roßlau und ersten Oberbürgermeisters nach der friedlichen Revolution der Stadt Dessau Dr. rer. nat. habil. Jürgen Neubert erreicht. Dr. Jürgen Neubert hat in der Wendezeit aktiv seine Stimme als aufrechter Bürger erhoben und den Demokratisierungsprozess, insbesondere in Dessau, entscheidend mit geprägt. So wurde er 1990 als erster Oberbürgermeister nach der friedlichen Revolution von der Stadtverordnetenversammlung frei gewählt. In seiner Zeit als Oberbürgermeister hat sich Dr. Jürgen Neubert besondere Verdienste beim Umbau der Verwaltung zu einer demokratisch legitimierten Stadtverwaltung und bei der Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung erworben. Hervorzuheben ist insbesondere sein Wirken zur Profilierung Dessaus zum Oberzentrum, vor allem die Ansiedlung der Hochschule Anhalt, die Initiative zur erfolgreichen Ansiedlung des Umweltbundesamtes, zur Begründung der Stadtwerke oder die Planungen für den Ersatzneubau für das Städtische Klinikum. Dr. Jürgen Neubert war eine absolut integre und unabhängige Persönlichkeit, deren Handeln sich allein am Gemeinwohl, den Interessen der Bürger und ihrer Entwicklung orientiert hat. Seine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung begründet sich in seinem außergewöhnlichen Engagement in und für unsere Stadt. In Anerkennung dieses langjährigen, unermüdlichen und aufopfernden Einsatzes für unsere Stadt wurde Dr. Jürgen Neubert im August 2010 mit dem Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnet und im Januar 2015 wurde ihm die Ehrenbürgerschaft der Stadt Dessau-Roßlau verliehen. Die Verdienste von Dr. Jürgen Neubert werden uns immer Verpflichtung sein und unvergessen bleiben. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.“

In Gedenken an den Verstorbenen erhoben sich die im Raum Anwesenden.

Auf die neue Sitzordnung eingehend, bat **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, die Fraktionsvorsitzenden darum, in der ersten Reihe Platz zu nehmen, da dies in Parlamenten so üblich ist.

Im Anschluss stellte **Herr Ehm** die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit 35 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

## 2 Beschlussfassung der Tagesordnung

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, merkte an, dass auf Antrag des Dezernates für Wirtschaft und Stadtentwicklung die Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2 in der Reihenfolge der Behandlung getauscht werden.

**Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, rügte, dass die Tagesordnungspunkte 7.11, 7.12 sowie 8.2 nicht vorab im Ausschuss für Finanzen behandelt wurden. Der zuletzt genannte Tagesordnungspunkt wurde im Finanzausschuss zurückgestellt und hätte deshalb dort erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen. Zukünftig sollten alle Beschlussvorlagen, die den Ausschuss für Finanzen betreffen, diesem auch vorgelegt werden. Er werde trotzdem der Tagesordnung zustimmen.

Die Tagesordnung wurde mit der genannten Änderung einstimmig (36:00:00) beschlossen.

## 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.07.2015

Die Niederschrift wurde mehrheitlich (34:00:03) genehmigt.

## 4 Berichte des Oberbürgermeisters

### 4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister berichtete über folgende Ereignisse:

In Trauer um Herrn Dr. Jürgen Neubert, dem ersten Oberbürgermeister nach der Wende und Ehrenbürger unserer Stadt, verwies Herr Oberbürgermeister Kuras auf die am Dienstag, dem 29. September, um 13.00 Uhr, in der Marienkirche stattfindende Trauerfeier. Er habe Frau Neubert persönlich kondoliert und den Ablauf der Trauerfeier besprochen. Er wird die Hauptrede halten, weiterhin ist geplant, dass Herr Klemens Koschig und Herr Joachim Liebig ebenfalls das Wort nehmen und die Trauerfeier mit Musikern der Anhaltischen Philharmonie bereichert wird. Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf das ausliegende Kondolenzbuch und lud die Stadträte ein, an der Trauerfeier teilzunehmen.

Mit dem **Heimat-und Schifferfest** vom 27. bis 30. August 2015 erreichte das Jubiläum Roßlau|800 seinen Höhepunkt im Festjahr. Er dankte dem Förderverein der Schifferstadt Roßlau e.V. und allen Mitwirkenden, die sonst am Stammtisch der Vereine in Roßlau mitwirken, für das ehrenamtliche Engagement und für das gelungene und erfolgreiche Fest. Der 100-jährige Dampfer „Kaiser Wilhelm“, die Geschwister Weisheit und Tausende begeisterte Zuschauer sprechen eine eindeutige Sprache. Ein Hauptthema war die stattgefundene Elbekonferenz, der 200. Jahrestag der sogenannten Elbeschifffahrtsakte des Wiener Kongresses.

### **Gartenreichtag am 08. August 2015**

Zum 15. Mal wurde in den Parks und Gärten des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches der „Gartenreichtag“ gefeiert. In Dessau stand das Georgium im Mittelpunkt. Besonderer Dank gilt dem Kiez e.V. Dessau und dem Förderverein Anhaltische Gemäldegalerie.

### **Dessau-open “Spielräume Bauhausstadt“ vom 01. bis 04. September 2015 und Bauhausfest „Kollektives Blau“ am 04. und 05. September 2015**

„Dessau open – Spielräume Bauhausstadt“, das Bauhausfest und die Eröffnung der Spielzeit des Anhaltischen Theaters waren ein großartiger Abschluss des Sommers.

### **Bauhaus Museum**

Die Entscheidung des Architektenwettbewerbes ist gefallen. In der finalen Jurysitzung am 03. September 2015 wurden die Preise festgelegt. Es gibt zwei erste Preise, einen dritten und einen vierten Preis. Erstaunt war er über die positive Resonanz, welche die Entwürfe hatten. Diese wurden nicht nur der Presse, sondern auch in einer gemeinsamen Informationsveranstaltung der Stiftung Bauhaus und der Stadt Dessau-Roßlau im Theater vorgestellt. Es bestand ein reges Interesse. 700 Teilnehmer hatten diese Veranstaltung besucht.

### **brau.ART vom 05. bis 20. September 2015**

Zum 7. Mal fand in Dessaus historischer Schultheiss-Brauerei die „brau.ART“ statt. Es war am seidenen Faden, da die ursprünglichen Kuratoren das nicht mehr fortführen wollen. Es haben sich aber neue Mitstreiter gefunden, die diese Idee der bauART weiter tragen.

### **Stadtarchiv Dessau: Ausstellung „Die Sonnenthals – eine jüdische Familie in Dessau und ihr Wirken in der Stadt“ vom 17. September bis 13. November 2015**

Am vergangenen Donnerstag, 17. September 2015, fand die Eröffnung dieser Ausstellung statt.

### **Wirtschaft**

Wichtige Infrastrukturmaßnahmen im BioPharmaPark Dessau wurden bearbeitet. Der 1. und 2. Bauabschnitt der Planstraße A sind abgeschlossen. Der 3. Bauabschnitt, Knotenausbau und Anbindung der B184, ist erfolgt. Der Ausbau der Straße „Am Pharmapark“ (witterungsabhängig) soll bis spätestens März 2016 erfolgen. Die Stelle der ego-Pilotin ist gegenwärtig neu ausgeschrieben. Das WLAN auf dem Markt ist erfolgreich gestartet. Bezüglich des Breitbandausbaus wird bei der Investitionsbank derzeit ein Antrag für die Machbarkeitsstudie bearbeitet. Für die endgültige Bescheidung ist ein Beschluss des Stadtrates angefordert worden. Dieser wurde von der Verwaltung erstellt, im Wirtschaftsausschuss vorbereitet und liegt heute zur Beschlussfassung vor.

### **Soziales**

Überragendes Thema ist die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Lage in Dessau-Roßlau ist ungeachtet der Bilder aus München oder Berlin unter Kontrolle. Es besteht die Herausforderung, rechtzeitig ausreichend Wohnungen bereitzustellen, da sich die Aufnahmequoten wöchentlich verändern und zumeist wöchentlich erhöhen. Mit Stichtag zum 31. August 2015 wurden 339 Personen aufgenommen. Die aktuelle Quote

vom September 2015 beträgt 148 Personen, die Quote für Oktober 2015 beträgt 184 Personen. Auf das Jahresende hochgerechnet werden etwa 1.000 Personen im Jahr 2015 aufgenommen. Das ist eine verträgliche und zu schaffende Zahl, wenn wir weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, nicht nur bei der Aufnahme, sondern auch bei der Integration.

Es besteht jedoch ein Problem, welches mit der bisherigen Verfahrensweise nicht mehr gelöst werden kann und zwar die früher bestehende Vorlaufzeit. Wir bekamen also Meldungen aus der Zentralen Aufnahmestelle in Halberstadt, wie viele Flüchtlinge im nächsten Folgemonat aufgenommen werden müssen und zwar mit einer genauen Zusammensetzung (Familien, Männer, Frauen und Kinder). Das ist derzeit nicht mehr gegeben. Wir haben durchaus ausreichend leerstehende Wohnungen, aber es wird zeitlich nicht mehr geschafft, diese herzurichten. Es müssen jetzt auch am Wochenende regelmäßig Flüchtlinge aufgenommen werden, weshalb entschieden wurde, auch Gemeinschaftsunterkünfte zu schaffen. Das bedeutet keine Abkehr vom Prinzip der dezentralen Unterbringung, aber es muss zeitlich ein Puffer geschaffen werden. Die Prüfung verschiedener Objekte auf ihre Geeignetheit wurde veranlasst. Das Bauamt, aber auch eingeschaltete Private, wurden beauftragt, eine Überprüfung durchzuführen. Ein erstes Ergebnis steht fest. Es gibt ein Gebäude im Stadtteil Roßlau, was sowohl schnell mit relativ geringem Aufwand verfügbar ist und was auch allen anderen Anforderungen entspricht. Herr Oberbürgermeister Kuras lud die Stadträte zur stattfindenden Bürgerversammlung am 29.09.2015, 18.00 Uhr, in die Elbe-Rosell-Halle ein, die er gemeinsam mit dem Ortschaftsrat Roßlau durchführen wird. Eine entsprechende Pressemeldung erfolgt noch heute Abend. Die Medien wurden darum gebeten, diesen Termin entsprechend anzukündigen. Über eine rege Teilnahme der Mitglieder des Stadtrates würde er sich freuen. Er bat um Verständnis, dass das Objekt erst an diesem Abend bekanntgegeben wird, denn alle konnten die Ereignisse der letzten Wochen und Monate verfolgen, weshalb diese Handhabung sinnvoll sei.

In einem Gespräch am 17. September 2015 mit dem Ministerpräsidenten, dem Bundesinnenminister und den Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen hatten wir Gelegenheit, auf die brennendsten Probleme im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen hinzuweisen. Herr Oberbürgermeister Kuras hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, dass diese Aufgabe unter 3 Bedingungen für lösbar gehalten wird:

1. Wir brauchen Geld, der Staat muss seine Zusagen einhalten und uns mit den finanziellen Mitteln ausstatten, die wir brauchen.
2. Wir brauchen eine Dispens von verschiedenen Vorschriften, vor allem Vergabevorschriften.
3. Wir müssen es schaffen, schnellere Abschiebungen in sichere Drittstaaten zu realisieren.

In allen 3 Punkten ist Bewegung. Viel Hilfsbereitschaft gibt es auch aus der Bevölkerung. Wir haben viel Vorsorge getroffen, eine Börse eröffnet und eine Koordinierungsgruppe eingerichtet. Die Stadtverwaltung meistert diese Herausforderungen. Es sind alle Dezernate beteiligt. Die Arbeit wurde breit verteilt, Personal umverteilt und Organisationsstrukturen angepasst. Die Unterbringung wurde neu koordiniert und die Ehrenamtsbörse verstärkt. Das sind geeignete Mittel, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Die Stadtverwaltung ist krisenfest und arbeitet in Teilen an der Kapazitätsgrenze. Da der Schulbeginn vorbereitet werden muss und an den Wo-

chenenden gearbeitet wird, sprach Herr Oberbürgermeister Kuras Frau Wendeborn den Dank aus und bat auch um Weiterleitung des Dankes an die Bediensteten.

### **Einbürgerungen / Einbürgerungsfeier**

In der Zeit vom 25.06.2015 bis 09.09.2015 sind 6 Personen eingebürgert worden (2 Frauen, 2 Männer, 2 Jungen), die aus Bulgarien, Polen und Vietnam stammen. Hier handelt es sich nicht um Asylbewerber, sondern um Menschen, die schon seit langem hier leben. In diesem Zusammenhang verwies er auf die am 28. September 2015, 15.00 Uhr, in der Marienkirche stattfindende Einbürgerungsfeier. Die Feier ist Teil der Interkulturellen Woche, welche vom 26.09. bis 03.10. 2015 stattfindet. Dazu wurden die Stadträte bereits eingeladen.

### **ESF-Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“**

Die Stadt Dessau-Roßlau wird im Rahmen des Modellprojektes für Jugendliche und junge Erwachsene eine Anlaufstelle einrichten, die dort Hilfe erhalten, um wieder in der Ausbildung oder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

### **17. Dessauer City-Lauf**

Am 13. September 2015 fand zum 17. Mal der Dessauer City-Lauf statt, das größte Breitensportliche Ereignis in unserer Stadt und in der Region. Es waren insgesamt 1.500 Laufbegeisterte am Start.

### **Partnerstädte**

Herr Oberbürgermeister Kuras informierte über seinen Aufenthalt am 12. und 13.09.2015 in der Partnerstadt Roudnice mit der Familie Heppner und der Familie Tonndorf. Er war sehr beeindruckt über die gefestigte Partnerschaft. Hier sind im Lauf der Jahre herzliche Freundschaften entstanden, woran Herr Tonndorf einen großen Anteil hat.

Am 22. September 2015 fand die **Kabinettsitzung im Rathaus** Dessau statt. Die Landesregierung hatte 8 Vorlagen zu städtischen und regionalen Themen vorliegen, die sehr ausführlich waren. Herr Oberbürgermeister Kuras und Frau Bürgermeisterin Nußbeck haben an der Sitzung teilgenommen und es wurden verstärkt unsere Themen vorgebracht. So wurden die Infrastrukturmaßnahmen angesprochen, insbesondere die Attraktivierung der Innenstadt im Zusammenhang mit dem Bauhausmuseum, die Zerbster Brücke in Roßlau und damit die Ortsumgehung in Roßlau im Zuge der B184, wo leider der Bundesverkehrswegeplan immer noch nicht abgeschlossen ist. Im Oktober soll ein erster Referentenentwurf im Bundesministerium vorgelegt werden. Es wurde über STARK III gesprochen und als weiterer Schwerpunkt die Fertigstellung des Georgiums. Um diese Baumaßnahme sinnvoll abschließen zu können, wird dringend Geld benötigt. Der Ministerpräsident wurde des Weiteren daran erinnert, dass er zur Georgsbibliothek schon einmal optimistische Zustimmungen gemacht hat. Weiterhin waren das Flüchtlingsthema und die Landesgartenschau Thema. Der Ministerpräsident hat ein klares Bekenntnis zum Oberzentrum abgelegt und Unterstützung beim weiteren Breitbandausbau zugesagt. Es kann ein positives Fazit aus dieser Kabinettsitzung gezogen werden.

Aus gegebenem Anlass ging Herr Oberbürgermeister Kuras auf die **Verschwiegenheitspflicht** der Stadträte ein, denn er konnte nach der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses den genauen Wortlaut der dort behandelten Personalangelegenheiten in der Zeitung lesen. Das sei unfair gegenüber den Bewerbern, die möglicherweise nicht wollen, dass ihre Bewerbung in der Zeitung steht. Auch hinsichtlich des Brauhausvereins bitte er um Vertraulichkeit. Die im nichtöffentlichen Teil besprochenen Themen sollten nicht nach außen getragen werden. Viele Dinge werden schon im öffentlichen Teil besprochen.

#### **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Sitzung des Stadtrates am 08.Juli 2015 wurden **keine** nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** nahm die Ehrung langjährig tätiger Mitglieder des Stadtrates durch den Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt vor. Im Städte- und Gemeindebund wurde eine gesonderte Ehrenordnung eingeführt. Nach dieser ist eine Würdigung von Mitgliedern eines Stadtrates dann gegeben, wenn sie sich mindestens 15 Jahre aktiv in kommunalen Vertretungen engagiert haben. Dabei werden Mandatsträger geehrt, die aktuell Mitglied in der Vertretung sind. Unterbrechungen in der Mitgliedschaft bleiben unberücksichtigt.

Folgende Mitglieder des Stadtrates wurden mit der Überreichung einer Ehrenurkunde geehrt:

**Herr Heinz Bierbaum (25 Jahre)**  
**Herr Ralf Schönemann (25 Jahre)**  
**Herr Klaus Tonndorf (25 Jahre)**  
**Herr Hans-Peter Dreibrodt (25 Jahre)**  
**Frau Angelika Storz (22 Jahre)**  
**Herr Frank Hoffmann (21 Jahre)**  
**Herr Ingolf Eichelberg (21 Jahre)**  
**Herr Lothar Ehm (20 Jahre)**  
**Herr Hans-Joachim Pätzold (20 Jahre)**  
**Herr Otto Glathe (16 Jahre)**

Die Verleihung der Ehrenurkunde an die nicht anwesenden Stadträte

**Frau Angela Sanftenberg (21 Jahre)**  
**Frau Angela Müller (25 Jahre)**  
**Herr Jens Kolze (16 Jahre)**

erfolgt durch Herrn Oberbürgermeister Kuras zu einem späteren Zeitpunkt.

In dem Zusammenhang verwies **Herr Oberbürgermeister Kuras** auf das zum 30.09.2015 ausscheidende Mitglied des Stadtrates, Herrn Tonndorf, und übergab das Wort an den Vorsitzenden des Stadtrates.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, ging in seiner sich anschließenden Rede auf die Person Klaus Tonndorf ein und dankte ihm für sein besonderes ehrenamtliches Engagement für die Stadt Dessau-Roßlau (s. Anlage des Protokolls).

Im Namen der **Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen** sprach **Herr Weber** ebenfalls Herrn Tonndorf seinen Dank aus. Er hat Herrn Tonndorf im gemeinsamen Stadtrat 2007 erst richtig kennengelernt und zwar als jemand, der sowohl damals der CDU-Fraktion als auch der jetzt angehörenden Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen immer gründlich die Meinung gesagt hat. Die Fraktion verliert nicht nur einen Unterstützer, sondern auch einen wesentlichen Ratgeber. Herr Tonndorf hat die Aufforderung bekommen, auch weiterhin an den Fraktionssitzungen teilzunehmen und die Fraktion weiter zu begleiten. Er dankte Herrn Tonndorf nochmals für die nachhaltige und kritische Begleitung der Fraktion und dafür, dass er einen neuen Weg im Miteinander für unsere Stadt aufgezeigt hat.

Nach persönlichen Worten seitens der Fraktionen ergriff **Herr Tonndorf, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, das Wort und dankte den Laudatoren für die freundliche Bewertung seiner 25jährigen Tätigkeit für die Stadt Roßlau und die Stadt Dessau-Roßlau. Das habe er gern getan. Er dankte den Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen und dem Stadtrat, sowohl der Stadt Roßlau als auch der Stadt Dessau-Roßlau. Dank gelte weiterhin den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die meist sehr konstruktive Mitarbeit. Auch den Wählerinnen und Wählern, deren Interessen er sich immer verbunden fühlte, spreche er seinen Dank aus. Den Wahlspruch des NEUEN FORUM „Bürger für Bürger“ habe er immer ernst genommen. Dank gilt auch seiner Familie, insbesondere seiner Frau, ohne deren Rückenstärkung das alles nicht möglich gewesen wäre. Er war gern Stadtrat und ist stolz auf das ihm entgegengebrachte Vertrauen und wenn eines der vielen Vorhaben in diesen 25 Jahren zu einem guten Ende geführt werden konnte. Er mochte gern und immer wieder das politische Streitgespräch mit den Kollegen anderer Fraktionen abendlich in den Ausschüssen, wenn es dann letzten Endes zum Erfolg für die Stadt und insbesondere für die Interessen der Bürger geführt hat. Ihm war und ist immer noch das Parteiengezänk, die bornierte Rechthaberei, aber auch das „Kungeln und Hökern“ um Personen, Projekte und vielleicht sogar um persönliche Vorteile, verhasst.

Er verurteilt immer wieder, wenn Sachbezüge mit persönlichen Anfeindungen verbunden werden. Er würde sich freuen, auch in Zukunft mehr gutes als kritikwürdiges aus dem Stadtrat und der Stadtverwaltung unserer Doppelstadt zu erfahren und dafür wünschte er allen Glück und Gesundheit.

## **5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr**

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, verwies eingangs auf die Regelungen der Geschäftsordnung des Stadtrates zur Einwohnerfragestunde.

**Herr Swen Behrendt**, wohnhaft Pappelgrund 30 in Dessau-Roßlau, bezog sich auf die Sitzung des Stadtrates am 03.06.2015, in der er folgende Fragen gestellt hatte:

- Seit wann sind Anträge zu bereits abgestimmten Tagesordnungspunkten zulässig?
- Wie ist es möglich, dass ein schon beschiedener Antrag zurückgezogen wird?
- Warum durfte Herr Schönemann dreimal zum selben Thema sprechen, obwohl laut Geschäftsordnung nur zwei Redebeiträge erlaubt sind?

- Was ist mit dem Beschluss, der auf Antrag der Linken gestellten Zurückweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus?

Des Weiteren wurden nachträglich u. a. folgende Fragen schriftlich eingereicht:

- Laut Aussage von Herrn Rumpf, hatten sich in der Pause alle Fraktionen verständigt. Von welcher Fraktion ging die Initiative für ein Herbeiführen eines zweiten Beschlusses aus?
- Waren der Stadtratsvorsitzende und seine Stellvertreter sowie der Oberbürgermeister in diese Absprachen eingebunden? Wenn ja, hat keiner von Ihnen erkannt, dass ein Doppelbeschluss herbeigeführt wird?

**Herr Ehm** unterbrach Herrn Behrendt und verwies auf die Anzahl der Fragen. Herr Behrendt entgegnete, dass er mit seinen Ausführungen seine eigentliche Frage, warum seine Fragen vom 03.06.2015 bis heute nicht beantwortet sind, einleiten wollte. **Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes**, erklärte, dass es seitens des Rechtsamtes bereits zwei Stellungnahmen gab, in denen Herr Behrendt darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die angenommenen Verstöße gegen die Geschäftsordnung, nicht vorliegen.

**Herr Behrendt** bezog sich auf das Schreiben des Rechtsamtes, in dem es um die Beantwortung seiner schriftlichen Anfrage vom 04.06.2015 geht, jedoch nicht um seine Anfrage in der Stadtratssitzung am 03.06.2015. Da auch die Fragen seines Schreibens in keiner Weise berührt wurden, fällt es ihm schwer, dieses Schreiben als Beantwortung anzuerkennen. Auf Nachfrage von Herrn Westhagemann, wie viele Antworten er auf seine Fragen bekommen möchte, antwortete er, dass er vor allem ordentliche Antworten erwartet. Des Weiteren wird er heute noch zwei weitere Fragen stellen. Als Herr Behrendt das Antwortschreiben des Rechtsamtes vorlesen wollte, merkte **Herr Ehm** an, dass das nicht dem Zweck der Fragestunde entspricht und dass der Stadtrat rein juristisch betrachtet Bestandteil der Stadtverwaltung ist. Somit sind die erteilten Antworten sowohl vom Stadtrat als auch von der Stadtverwaltung erfolgt, denen es nichts hinzuzufügen gibt. **Herr Behrendt** äußerte nochmals seinen Unmut, dass die von ihm klar gestellten Fragen nicht im Ansatz berührt wurden. Dass die zwei Fragen, die man nur stellen darf, nicht beantwortet werden, sage viel aus.

**Herr Ingo Wier**, wohnhaft in der Fichtenbreite in Dessau-Roßlau, merkte an, dass er einem Bürgerforum mit bereits 134 Mitgliedern angehört und sich die Besorgnisse dieser Leute nicht auf die Flüchtlinge beziehen, sondern vielmehr auf die Personen, welche die ankommenden fremden Menschen bejubeln. Dessau-Roßlau stirbt seit etwa 15 Jahren aus, da es keinen Nachwuchs mehr gibt. In diesem Zusammenhang fragt er, warum die Willkommenskultur nicht bereits vorher eingesetzt hat, was im Rahmen der Willkommenskultur für den eigenen Nachwuchs in Dessau-Roßlau getan wird oder ob komplett auf ein neues Volk gesetzt wird.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Lein** von der Firma MOBS, Luxemburger Str. in Dessau-Roßlau, verwies auf ein Schreiben an den Oberbürgermeister vom 24.09.2014. In einem persönlichen Gespräch hatte er mit dem Oberbürgermeister über die Zukunft der Luxemburgstraße 8, das ehemalige Arzneimittelwerk, gesprochen und ihm mitgeteilt, dass er dazu

Investoren und ein Konzept aufzeigen kann. Der Oberbürgermeister hatte damals zugesichert, sich für dieses Projekt einzusetzen. Ein Kaufantrag wurde am 14.10.2014 im Büro der Beigeordneten für Finanzen eingereicht. Zu diesem Zeitpunkt stand das Gebäude Nummer 16 noch. Seitens der Stadt liegt bis heute keine schriftliche Antwort bzw. ein Gesprächsangebot vor, während seitens des Bundespräsidialamtes innerhalb von 19 Tagen eine Antwort erfolgte. Mittlerweile wurde das Gebäude Nummer 16 abgerissen, für das es vor einem Jahr noch einen Investor gab. Laut Artikel der Mitteldeutschen Zeitung vom 19.09.2015 sucht die Stadt momentan einen Investor. Vor diesem Hintergrund erfragte er, wann mit einer schriftlichen Antwort zu rechnen ist.

Nach der Anmerkung des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, dass in angemessener Zeit eine schriftliche Antwort erfolgt, bat **Herr Lein** um die Angabe eines genauen Zeitraums und betonte nochmals die erfolgte Unterstützung des Bundespräsidialamtes. Das Schreiben ging ebenfalls an den Ministerpräsidenten sowie an alle Stadträte. Auch der Bundespräsident Herr Gauck und die Bundeskanzlerin Frau Merkel waren informiert. Er verwies auf die dem Oberbürgermeister sowie Frau Nußbeck vorliegende Konzeption. Ebenfalls gab es Investoren, die 5 Mio. Dollar in das Objekt investieren wollten.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** sicherte eine Beantwortung innerhalb von vier Wochen zu und erklärte, dass er in den mit Herrn Lein geführten Gesprächen zu keinem Zeitpunkt eine Unterstützung des Vorhabens, sondern lediglich eine Überprüfung zugesagt hatte. Die SALEG mbH, die hier für die Stadt Dessau-Roßlau arbeitet, hat sehr lange Zeit nach einem Käufer für dieses Objekt gesucht, jedoch gab es in dieser Zeit keinen. Jetzt ist das Gesamtobjekt zum Verkauf ausgeschrieben und Herr Lein kann sich jeder Zeit als Käufer bewerben.

**Herr Ginzkey**, wohnhaft Alte Leipziger Str. 13 in Dessau-Roßlau, bezog sich auf seine Anfrage zu dem Unfall zwischen der Wörlitzer Eisenbahn und einem PKW sowie dem Unfall in der Kreuzbergstraße zwischen einer Straßenbahn und einem PKW. Zwischenzeitlich hat er eine Antwort von Herrn Ceglarek, Geschäftsführer der Dessau Verkehrs GmbH, erhalten, welche er in der heutigen Sitzung vorlesen möchte. **Herr Ehm** erklärte, dass dafür keine Notwendigkeit besteht, da der Brief an die Stadträte ausgereicht werden kann. **Herr Ginzkey** erwiderte, dass er mit der Antwort von Herrn Ceglarek nicht einverstanden ist, da er selber gesehen hat, dass auf der Strecke der Wörlitzer Eisenbahn keine Verkehrsschilder vorhanden sind. Vor allem ältere Leute können die Bahn nicht hören, wenn diese plötzlich aus dem Wald rausfährt. Er bezog sich des Weiteren auf den bisher unveränderten Zustand in der Lange Gasse sowie in der Nantegasse, wo dringend etwas geschehen müsse. Er stellte außerdem fest, dass die Vorhaben von Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, nicht umgesetzt wurden, z. B. das Bauhausmuseum an den 7-Säulen, die Entfernung der Bäume am Anhaltischen Theater und der Abriss eines der Y-Häuser. Er kritisierte des Weiteren die grünen Fenster des Gropiushauses sowie die Kosten für die Kellerdecke.

**Frau Gerlinde Lechler**, wohnhaft in der Gropiusallee 3 bei Bayer in Dessau-Roßlau, berichtete, dass in ihrer Bürgerinitiative, Bürger für Barrierefreiheit, krankheitsbedingt noch nicht viel geschehen ist. Die Vorhaben fanden bei einer Vorstellung im Beirat für Menschen mit Behinderung sowie im Seniorenbeirat Zustimmung. Sie unterbreite-

te den Vorschlag, dass jeder der 50 Stadträte für seinen Wahlbezirk erfragen könnte, welche Wohnungen für Rollstuhlfahrer vorhanden sind bzw. welche Probleme es gibt. Des Weiteren soll eine Vorstellung in den Fraktionen, im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erfolgen. Ebenfalls sollen die Wohnungsverwaltungen einbezogen werden. Momentan wird die neue Auswertung zur sozialen Lage abgewartet. In den von der DWG und vom Amt für Soziales und Integration bereitgestellten Unterlagen wird auf die Anzahl und die Probleme von behinderten Menschen eingegangen, jedoch gibt es keine speziellen Angaben über Wohnungen für Rollstuhlfahrer.

**Herr Ehm** merkte abschließend nochmals an, dass in diesem Tagesordnungspunkt ausschließlich Fragen zu stellen sind.

## **6 Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **6.1 Endbericht zur detaillierten Auswertung der 7. Kommunalen Bürgerumfrage Vorlage: IV/037/2015/VI-61**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### **6.2 Maßnahmebeschluss zum Teilrückbau der Schadebrauerei Vorlage: BV/204/2015/VI-65**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### **6.3 Ersatzneubau Schwimmhalle - Ergebnisse der Entwurfsplanung Vorlage: IV/052/2015/VI-65**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

## **6.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

Bezüglich der Asylproblematik bezeichnete **Herr Grey, NPD**, die Informationspolitik der Stadt Dessau-Roßlau als katastrophal. Obwohl die Stadtverwaltung gestern vor Ort war, wollte der Oberbürgermeister das Objekt in der Waldstraße, gegenüber der Schule, nicht nennen. Anfragen an den Oberbürgermeister werden nur schwammig beantwortet. Auf Fragen an die Ortsbürgermeister erhält man die Antwort, dass diese nichts wissen. Bürger und Eltern werden damit konfrontiert, dass sie plötzlich neue fremdländische Nachbarn erhalten und Kinder, die kein Deutsch sprechen, in den Schulklassen auftauchen, obwohl sie dort nichts zu suchen haben. Dass die Behörden zu keiner Zeit eine echte Kontrolle über die Zuwanderer hatten, zeigt der Vorfall vom 16. September 2015, als auf Höhe der Ortslage Meinsdorf etwa 180 Asylanten aus dem Zug flohen, nachdem die Notbremse betätigt wurde. Angesichts dieser Zustände richtete er folgende Fragen an den Oberbürgermeister:

- Sind in der Arbeitsgruppe Asyl auch Ortschaftsräte der jeweiligen eingemeindeten Orte vertreten? Sollte das der Fall sein, bat er um Angabe der Namen, um Fragen an diese richten zu können.

- Warum werden die Bürger in den betreffenden Stadtgebieten nicht gefragt, ob sie Asylanten in ihrer direkten Nachbarschaft wünschen? Aufgrund der Willkommenskultur dürfe der Oberbürgermeister vor diesem Befragungsergebnis keine Angst haben.
- Übernimmt der Oberbürgermeister die Verantwortung, wenn es zu Übergriffen fremder Kulturbereiche auf Deutsche, insbesondere Kinder, kommt, so wie es im August 2015 im sächsischen Chemnitz der Fall war? Dort wurde ein siebenjähriges Mädchen im Beisein ihrer Mutter auf einem Spielplatz von einem Nordafrikaner vergewaltigt.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** erwiderte, dass keine Ortschaftsräte in der Koordinierungsgruppe Asyl vertreten sind, diese jedoch im Bedarfsfall informiert werden. Bezüglich der Aussage zur Informationspolitik erwähnte er nochmals die geplante Informationsveranstaltung in der Elbe-Rosel-Halle in Roßlau. Da in den letzten Wochen und Monaten immer wieder fertiggestellte Gebäude von Udemokraten in Brand gesteckt wurden, hatte er das Gebäude bis jetzt nicht genannt. Bei diesen Anschläge wurde auch nicht davor zurückgeschreckt, dass sich Frauen und Kindern in diesen Gebäuden aufhielten. Er betonte, dass er noch nie Geheimnisse hatte, keine haben wird und die Bürger informiert werden. Es müssen Gebäude ausgesucht werden, die sich für solche Vorhaben eignen und den geringsten finanziellen und sächlichen Aufwand erzeugen. Da diese Entscheidung im Rathaus getroffen wird, kann er nicht mehr tun, als die Einwohner im größten Gebäude von Roßlau zu informieren. Er merkte des Weiteren an, dass er den von Herrn Grey genannten Übergriff nicht kennt, dafür jedoch die umgedrehten Fälle, von denen es in letzter Zeit sehr viele gibt.

**Herr Ehm**, Vorsitzender des Stadtrates, bat das Publikum um Unterlassung von Zwischenrufen, da er ansonsten ordnungsrechtlich einschreiten würde.

**Herr Tschammer, SPD-Fraktion**, bedankte sich für die neue Bestuhlung des Ratsaales und merkte an, dass durch die neue Sitzordnung mehr Disziplin zu spüren ist. Des Weiteren schloss er sich der Meinung des Oberbürgermeisters bzgl. der Verschwiegenheit bei vertraulichen Besprechungen an. Dazu habe sich jeder Stadtrat verpflichtet. Der Presse ist hier kein Vorwurf zu machen. Der erwähnte Presseartikel hatte etwas Gutes, denn der politisch interessierten Öffentlichkeit von Dessau-Roßlau wurde mitgeteilt, dass es für die Wahl der drei Beigeordneten mehrere geeignete Kandidaten gibt und nicht jeweils nur einen. Aus diesem Grund sollte den Stadträten nicht nur ein Kandidat vom Haupt- und Personalausschuss zu Wahl vorgeschlagen werden. Um sich nicht vor den Bürgern der Stadt zu blamieren, sollte sich auf Demokratie und Transparenz verständigt werden. In dieser Angelegenheit hat der gesamte Stadtrat zu entscheiden und nicht der aus 10 Mitgliedern bestehende Haupt- und Personalausschuss.

Aufgrund des Umganges mit den deutschen Bürgern hinsichtlich der Asylthematik, kündigte **Herr Grey** an, dass er die heutige Sitzung aus Protest verlassen werde.

**Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, ging auf den Zustand der Albrechtstraße ein. Die Straße hatte einen Fahrbahnbelag sowie eine Markierung erhalten. Nach einer gewissen Zeit wurde die Markierung erneuert, so dass jetzt an gewissen Stellen gelben Streifen, zur Information der Verkehrsteilnehmer, vorhanden sind. Des Weiteren

hat sich die Parkplatzsituation auf die Fahrbahn verlagert, wodurch nun der Zustand des Restes zu sehen ist. Aus Baumscheiben und Fugen wächst Unkraut. Die Albrechtstraße ist das Tor zur Elbe und könnte durch ihren Alleecharakter genauso wie die Heidestraße sein. Jedoch steht vom Albrechtsplatz bis zur Walderseestraße nur noch ein Baum. Aufgrund ihrer Breite, könnte die Straße in gleicher Weise von Fußgängern und Fahrrädern genutzt und Straßenbegleitgrün angelegt werden. In diesem Zusammenhang erfragte er, ob dort mittelfristig etwas passieren soll. Das Thema sollte wieder auf die Tagesordnung genommen werden, da auch die Bebauung dort immer schöner wird.

**Frau Perl, SPD-Fraktion**, erklärte, dass sie vom Ausschuss für Gesundheit und Soziales gebeten wurde, die Verwaltung bzgl. des Mietspiegels zu befragen. Seit dem 01.01.2014 gibt es einen qualifizierten Mietspiegel für die Stadt Dessau-Roßlau und alle zwei Jahre müssten eigentlich Stichproben durchgeführt werden. Sie erfragte in diesem Zusammenhang, wie die Verwaltung in dieser Angelegenheit weiter verfahren möchte. Es wäre schade, wenn der Mietspiegel seinen qualifizierten Status verliert. **Frau Perl** bedankte sich des Weiteren bei den Mitarbeitern der DWG, welche die Hauptlast bei der dezentralen Unterbringung der Flüchtlinge tragen. In ihren Dank schloss sie ebenfalls die St. Johannis GmbH sowie alle weiteren daran beteiligten Personen ein.

Bezüglich der bevorstehenden Dezerntenwahlen bezog sich **Frau Benckenstein, AfD-Fraktion**, auf die Aussagen von Herrn Tschammer und stimmte diesem zu. Alle Stadträte sollten die Wahl zwischen jeweils zwei Kandidaten haben. Des Weiteren war den Medien zu entnehmen, dass es wieder zu einem Streik in den Kindereinrichtungen der Stadt kommen könnte. Die Eltern würden zur besseren Planung darüber gerne vorab informiert werden. **Frau Wendeborn, amtierende Dezerntin für Gesundheit und Soziales**, erklärte, dass ein Streik vorab nicht bekanntgegeben wird und aus diesem Grund abgewartet werden muss, was in Dessau-Roßlau passiert.

**Frau Benckenstein** bezog sich des Weiteren auf die Anfrage einer Bürgerin zu einem abgerissenen Gebäude in der Willy-Lohmann-Straße, wo nun Unkraut wächst. Sie bat darum, dass das Grundstück gepflegt wird. **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, wies darauf hin, dass dafür der Eigentümer und nicht der Eigenbetrieb Stadtpflege zuständig ist, dennoch werde man sich über den dortigen Zustand informieren.

**Herr Tonndorf, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, bedauerte, dass Herr Grey die Sitzung verlassen hat, denn er hätte sich anhören sollen, was die anderen Stadträte über das Thema denken. Den in Deutschland neuankommenden Kindern wünscht er, dass sie in Schulklassen mit deutschen Kindern kommen, da sie dann sehr schnell unsere Sprache lernen. Dafür gibt es keinen besseren Weg. Als damals 30 Kinder aus Kasachstan in die Sekundarschule in Rodleben kamen, hatte man bereits diese Situation. Innerhalb eines Jahres gehörten diese Schüler zu den Besten. Es ist zu wünschen, dass wir in der Stadt Dessau-Roßlau eine Willkommenskultur, welche er schon lange im Ortschaftsrat Roßlau gefordert hat, aufbauen, unsere neuen Bürger willkommen heißen und ihnen alles was möglich ist bieten. Den Leuten müssen jedoch auch die einzuhaltenden Grenzen gezeigt werden.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, ging auf das Thema Bauhausstadt ein. Da die Zeit bis zur Vorbereitung und letztendlich bis zum Abschluss des Jubiläums relativ kurz ist und in der Berichterstattung des Stadtrates und der Verwaltung dieses Thema verhältnismäßig unzureichend angesprochen wird, bittet er den Oberbürgermeister darum, den Masterplan Bauhausstadt, der ein verbindliches Dokument zur Vorbereitung des 100 jährigen Jubiläums des Bauhauses in dieser Stadt ist, in die monatliche Berichterstattung gegenüber den Stadtrat aufzunehmen. Es sollte des Weiteren ein internationales Kuratorium organisiert werden, um dieses Ereignis würdig vorzubereiten. Nicht zuletzt das Interesse am Wettbewerb zum Bauhausmuseum zeigt, dass dieses Thema die Stadt Dessau-Roßlau interessant macht und für sie eine Perspektive bietet. Das Jubiläum sollte als Chance genutzt werden, Impulse für ein neues Bauhaus des 21 Jahrhunderts zu setzen.

Bezüglich des Autobahnzubringers Ost, die Bundesstraße 185, merkte **Frau Storz, SPD-Fraktion**, an, dass dieser im Oktober 2015 gesperrt werden soll. Gleichzeitig laufen Arbeiten in Waldersee am Diepold und auch die Friedensbrücke ist ein Nadelöhr. Demnach wird die Verkehrslage im Osten von Dessau-Roßlau ab Oktober schwierig. Für die dort wohnenden Bürger ist das eigentlich eine wichtige Angelegenheit, denn der Autobahnzubringer wird täglich von etwa 17.000 Fahrzeugen, bzw. freitags von 30.000 Fahrzeugen, befahren. Das sieht die Stadtverwaltung anscheinend nicht so. Lediglich der Ortsbürgermeister von Mildensee erhielt am 12.08.2015 eine kleine Mitteilung, die Ortschaftsräte und Stadträte gar keine. Nachdem diese Angelegenheit in der vergangenen Ortschaftsratssitzung von Mildensee thematisiert wurde, fragte Frau Storz bei der Stadtverwaltung nach, ob diese, aufgrund der Wichtigkeit, besser über die Sperrung informieren könnte, z. B. durch die Teilnahme eines Vertreters der Stadtverwaltung an der Sitzung des Ortschaftsrates. Dadurch wäre auch eine Auskunftsfähigkeit gegenüber den Bürgern gegeben. Daraufhin erhielt sie eine Information juristischer Art, dass dies keine Angelegenheit von wichtigem Interesse ist, da hier keine Beschlussvorlagen in den Ausschüssen betroffen sind. Sie bezog sich auf die ehemals erarbeitete Ortschaftsratssatzung und merkte an, dass sich die Definition von wichtigen Angelegenheiten der Ortschaften nicht nur auf Beschlussvorlagen der Ausschüsse beziehen könne und dies nicht die Intention ist. Es muss weit ab von diesen juristischen Auskünften ein Informationsrecht und eine Art und Weise des Miteinanders geben. Gerade in solchen kritischen Zeiten, wenn täglich 17.000 Fahrzeuge durch Mildensee fahren sollen, müssen die Bürger vorher informiert werden. Aus diesem Grund bat sie darum, dass das nachgeholt wird.

**Herr Gebhardt, CDU-Fraktion**, stellte bezüglich der Aussagen von Frau Storz richtig, dass die Bundesstraße 185 nicht vollständig gesperrt wird. Es erfolgt nur eine Sperrung der B185 wenn man von der Autobahn kommt und links in das Gewerbegebiet fahren möchte. Geradeaus in Richtung Dessau kann man weiterhin fahren. Wer allerdings aus Richtung Dessau kommt, muss durch Mildensee fahren. Hierüber müsse sich die Stadtverwaltung Gedanken machen. Nach der betroffenen Kreuzung gibt es zwei Fahrspuren in Richtung Dessau. In der Gegenrichtung sind ebenfalls zwei Fahrspuren. Dort ist genügend Platz um den Verkehr in Richtung Mildensee über die Tankstelleneinfahrt zu führen und somit die Einbahnstraße umkehrt. Neben der Bundesstraße verläuft 50 Meter weiter eine Parallelstraße. Damit würde es keine Probleme geben. Während der Baumaßnahmen könnte an der Kreuzung die Geschwindigkeit auf 30km/h runtergesetzt werden.

**Herr Böwing, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung**, erklärte bzgl. der Ausführungen von Herrn Gebhardt, dass es nicht möglich ist, den Verkehr über die Parallelfahrbahn zu führen, da sich die Sollnitzer Allee und die Bundesstraße 185 in diesen Knotenpunkt hineinzieht, so dass dieser Bereich, der als Ausfahrt möglich wäre, nicht zur Verfügung steht. Es ist richtig, dass der Verkehr auf der B185 in beiden Richtungen aufrechterhalten wird. Der gesamte andere Verkehr, d. h. der Zielverkehr zur Sollnitzer Allee bzw. zum Gewerbegebiet, muss über die Ortslage Milensee umgeleitet werden.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, merkte an, dass der Fischereiweg plötzlich eine Einbahnstraße ist, die Schilder jedoch so weit hinten stehen, dass sie nicht zu sehen sind. Er ging des Weiteren auf die öffentliche Ausschreibung der Stelle des Behindertenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau ein und erklärte, dass er über mehrere Dinge verwundert ist. Im Anforderungsprofil wird ausschließlich ein Diplomverwaltungswirt gesucht, was jedoch nicht ganz der Realität in Dessau-Roßlau gerecht wird, da nach seiner Kenntnis 7 % aller Behinderten im Arbeitsamtsbezirk einen akademischen Abschluss haben. Dadurch werden andere qualifizierte Bewerber ausgeschlossen. Des Weiteren werden in Ausschreibungen anderer Kommunen die Aufgaben der Stelle klar benannt und auch immer bevorzugt die Behinderten, oder das Umfeld der Behinderten, angesprochen. Es ist ebenfalls befremdlich, dass in der Ausschreibung ausschließlich auf den § 3 der Satzung zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung hingewiesen wird. Dies ist kein Stellenprofil. Er merkte außerdem an, dass alle anderen Städte immer etwas anzubieten haben, z. B. ein interessantes Umfeld, Gleitzeit, ein kulturelles Angebot oder eine Freikarte für die Bahn. Das ist in Dessau-Roßlau nicht der Fall. Er würde sich freuen, wenn es hier zu Nachbesserungen kommt, so dass sich auch diejenigen, die evtl. qualifiziert sind, bewerben können. Die Ausschreibung der Stelle des Integrationskoordinators kritisierte er ähnlich. Es ist schade, wenn Leute mit geeigneten Abschlüssen ausgeschlossen werden. Herr Meier richtete an Herrn Oberbürgermeister Kuras die Frage, ob von der Arbeitsgruppe Asyl solche Projekte, wie das neue Netzwerk „Programm engagierte Stadt“ und die AWO einbezogen werden. Dessau-Roßlau ist eine Stadt mit vielfältigem Engagement, weshalb sich die Frage stellt, ob solche Gruppen mit einbezogen werden. Die Stadt braucht ein gutes Netzwerk für Integration, um die Bereiche Gesundheit, Sprache und Berufschancen abzudecken.

Auf die bevorstehende Wahl der Beigeordneten eingehend, richtete **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**, an die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses den Appell, sich auf eine echte Wahl zum Wohl der Stadt mit 2-3 fähigen Bewerbern zu verständigen und nicht nur einen Kandidaten vorzuschlagen.

Auf das Thema Asyl eingehend verwies er weiterhin auf ein am 21.09.2015 erhaltenes Schreiben von Herrn Markus Geiger, welches er auszugsweise verlas: „Sehr geehrter Herr Dreibrodt, ich wende mich an Sie in Ihrer Funktion eines Stadtratsabgeordneten aus meinem Wahlkreis in Roßlau. Soweit ich informiert bin, sind Sie dadurch Ansprechpartner, wenn es um Dinge geht, die in unserer Stadt nicht in Ordnung sind und im Stadtrat diskutiert bzw. deren Abänderung veranlasst werden sollte. Aus diesem Grund fordere ich Sie auf, bezugnehmend auf Artikel 27 des Grundgesetzes, der besagt, dass sich jeder Bürger an Volksvertreter mit jedem Problem wenden kann, mein Anliegen stellvertretend im Stadtrat vorzutragen. Es geht mir um Familie Gasi. Trotz Duldung bis November - am 24.08.2015 nach Serbien abgeschos-

ben.“ Nach Schilderung des Vorganges fordert er in dem Schreiben Herrn Dreibrod auf, den Fall Gasi in der nächsten Sitzung des Stadtrates dahingehend zu besprechen, welche Möglichkeiten seitens der Stadt bestehen, der Familie Gasi eine umgehende und dauerhafte Rückkehr zu ermöglichen und auch weitere Zuwanderer dauerhaft aufzunehmen. Weiterhin bat Herr Geiger um Informationen über die erfolgten Aktivitäten von Herrn Dreibrod zu diesem Thema sowie über das Ergebnis. Der Antwort sollte auch ein Auszug aus dem Protokoll der Stadtratssitzung, der die Diskussion dieses Punktes beinhaltet, beigefügt werden. Er, Herr Geiger, werde dieses Schreiben als offenen Brief im Internet veröffentlichen und das von Herrn Dreibrod gefertigte Antwortschreiben auch als solches behandeln.

Er wolle die Art und Weise dieses Schreibens nicht kommentieren, bemerkte Herr Dreibrod, aber es werde ernst genommen und gebühlich behandelt. Da die Geschäftsordnung es nicht zulässt, dass ein Stadtrat kurzfristig ein Thema auf die Tagesordnung setzt, wäre das nur zur nächsten Sitzung des Stadtrates möglich, was Herrn Geiger mitgeteilt wurde und auch, dass das Asylverfahren ein rechtstaatliches Verfahren ist und ehrenamtliche Stadträte keinen Einfluss auf diesen Vorgang nehmen können. Trotzdem hat Herr Dreibrod an den Oberbürgermeister und den Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit und Soziales ein Anschreiben verfasst. Dieses Schreiben, sein Antwortschreiben und Schreiben an den Fachausschuss übergibt er mit der Bitte darüber nachzudenken, ob das in den Ausschüssen thematisiert werden kann. Sollte das nicht der Fall sein, sollte Herr Geiger eine ausführliche und vielleicht sogar rechtsverbindliche, vom Rechtsamt untersetzte Antwort, erteilt werden.

Herr Dreibrod hat die Rechtslage richtig skizziert, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Diese Fragen sind Bestandteil des übertragenen Wirkungskreises, d. h., der Stadtrat hat in solchen Dingen keine Beschlüsse zu fassen und auch keine Festlegungen zu treffen, da er nicht zuständig ist. Über diese Dinge könne eine politische Debatte geführt werden, was aber nicht weiterhilft. Dieser Fall wurde sehr ausgiebig begleitet. Es gab extra eine Veranstaltung, an der Vertreter der Stadtverwaltung, aber auch Freunde der Familie Gasi teilgenommen haben. Dort sind die Argumente ausgetauscht worden. Die MZ hatte darüber berichtet. Vielleicht sollten im Ausschuss kurze Informationen dazu erfolgen. Man habe es sich nicht leicht gemacht, jedoch ist die Stadt zu einem rechtstaatlichen Verfahren aufgefordert und am Ende blieb die Abschiebung übrig. Dabei ist geltendes Recht umzusetzen. Wenn den vielen wirklich hilfsbedürftigen Asylbewerbern, die aus Kriegsgebieten kommen, geholfen werden soll, müssen diejenigen, die dieser Hilfe nicht bedürfen, wieder zurückgeführt werden. Serbien hat den Antrag auf Mitgliedschaft in der EU gestellt und dann kommen Serbische Bürger, die bei uns Asyl beantragen, was auch nicht passe. Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf aktuelle Gerichtsurteile, die aussagen, dass eine Mitgliedschaft in einer solchen ethnischen Gruppe kein Abschiebehemmnis darstellt. Deshalb wurde nach Recht und Gesetz entschieden.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, übergab die Versammlungsleitung an den 1. stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden, Herrn Hoffmann, und dankte zunächst der Verwaltung für die Neumöblierung des Ratssaales. Des Weiteren verwies er auf die im Juli 2015 stattgefundene Vorführung der elektronischen Abstimmungsgeräte. Die Firma ist in ihrer Produktionskapazität so ausgelastet, dass sie erst im Dezember 2015 liefern kann. Der Probetrieb wird in der Sitzung im Januar 2016 durchgeführt.

Die weitere Technik, wie die Einführung der Tablets mit der dazu gehörenden Software, brauche noch seine Zeit.

Als Vorsitzender des Stadtrates stellte Herr Ehm den **Antrag zur Bildung einer Arbeitsgruppe zur Aus- um Umgestaltung des Ratssaales**. Die Zusammensetzung sollte aus den zuständigen und erforderlichen Ämtern der Stadtverwaltung, aus den Mitgliedern des Stadtrates (evtl. die Fraktionsvorsitzenden) sowie einem externen Innenarchitektenbüro erfolgen mit dem Ziel, den Ratssaal

- entsprechend den Erfordernissen einer zeitgemäßen Sitzungsgestaltung und Durchführung von Stadtratssitzungen
- bei gleichzeitiger Beibehaltung der universellen Nutzbarkeit des Saales
- bauliche Sanierungserfordernisse (Fenster etc.)
- gesetzliche Erfordernisse (Brandschutz etc.)
- künstlerische Erfordernisse (Wandbild)
- 

zu gestalten.

Der Ratssaal sollte zeitnah und in Abhängigkeit vom Sitzungskalender des Stadtrates und der Realisierbarkeit entsprechend des Haushaltes gestaltet werden. Die Finanzierung der Maßnahme wird im Rahmen der Haushaltsdiskussion besprochen. Der Antrag wurde an den Oberbürgermeister übergeben.

## 7 Beschlussfassungen

### 7.1 6. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau und Bebauungsplan Nr. 221 "Ersatzneubau Schwimmhalle" - Offenlegungsbeschluss Vorlage: BV/214/2015/VI-61

Die Behandlung erfolgte unter dem Tagesordnungspunkt 7.2

1. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 221 „Ersatzneubau Schwimmhalle“ für das Gebiet, welches begrenzt wird:
  - im Nordosten und Osten durch den Verlauf der Fahrbahn der Ludwigshafener Straße sowie partiell angrenzend Grundstücksflächen des Paul-Greifzu-Stadions östlich der Stellplatzanlagen für die Wohnbebauung Turmstraße und das Stadion (Flurstücke 10714 und 10715 der Flur 41),
  - im Süden durch die Turmstraße sowie die Flurstücke 5879, 5880 und 5881 der Flur 41 und
  - im Westen durch Flächen des Landschaftszuges westlich der Steneschen Straße (Flurstücke 5810, 5811 und 5812 der Flur 41), den weiteren Verlauf der Steneschen Straße nach Nordwesten querend, das Flurstück 12012 der Flur 40 sowie die Wohngrundstücke Stenesche Straße Nr. 15 bis 23 (Flurstücke 9364, 5889/2, 5889/3 der Flur 41) und in Verlängerung dieser Flurstücksgrenze Richtung Norden bis zum Schnittpunkt mit der vorhandenen Stellplatzanlage und von dort wiederum im rechten Winkel auf die Fahrbahngrenze der Ludwigshafener Straße.

und der Entwurf der Begründung werden in vorliegender Fassung (siehe Anlage 2 und 3) gebilligt.

2. Der Entwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes des Stadtteils Dessau für das Gebiet, welches begrenzt wird:
- im Norden vom östlichen Abschnitt des fußläufigen Verbindungsweges zwischen der Ludwigshafener Straße und der Nahtstelle zwischen der Straße Am Leipziger Tor und der Bauhofstraße
  - im Westen und Südwesten von der Grundstücksgrenze zum fünfgeschossigen Wohnblock Bauhofstraße 15-25
  - im Süden und Südosten von nördlichen Grundstücksgrenzen der Ev. Kindertagesstätte Marienschule, des Leopolddankstiftes und der Wohnanlage Turmstraße 21 b-g und deren Verlängerung bis zur Ludwigshafener Straße
  - im Nordosten vom Abschnitt der Ludwigshafener Straße zwischen der Wohnanlage Turmstraße 21 b-g bzw. dem östlich von dieser befindlichen Stellplatzfläche und dem oben erwähnten fußläufigen Verbindungsweg
- und der Entwurf der Begründung werden in vorliegender Fassung (siehe Anlage 4 und 5) gebilligt.
3. Die so gebilligten Entwürfe des Bebauungsplans Nr. 221 „Ersatzneubau Schwimmhalle“ und der 6. Änderung der Flächennutzungsplans des Stadtteils Dessau sowie der dazugehörigen Begründungen mit gemeinsamen Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 BauGB zusammen mit den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen und den verfügbaren Arten umweltbezogener Informationen (siehe Anlagen 6 ff.) öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:00

## **7.2 1. Änderung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Dessau-Roßlau (INSEK) - Endfassung**

**Vorlage: BV/145/2015/VI-61**

Die Behandlung erfolgte unter dem Tagesordnungspunkt 7.1

**Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**, bekundete eingehend seine Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage. Auf Seite 2 der Anlage 2 hatte er festgestellt, dass die IHK sowie die Handelskammer keine Stellungnahme abgegeben haben. Das ist nicht weiter schlimm, da er auch nicht weiß ob sie zu einer Stellungnahme verpflichtet sind, wenn nicht andauernd selbsternannte „Wirtschaftskapitäne“ den Stadträten in der Zeitung vorschreiben würden, wie sie sich zu verhalten haben. Er betonte, dass er sich an seinen Wählerauftrag, an die Kommunalverfassung, die Hauptsatzung sowie die Geschäftsordnung zu halten hat. Er muss nicht aus der Zeitung erfahren, wenn ein Stadtratsmitglied mit einem möglichen Kandidaten in die Öffentlichkeit geht, dass er hier seine Kompetenzen überschreitet.

1. Die während der öffentlichen Auslegung vom 07.01. bis 23.01.2015 und im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger vorgebrachten Stellungnahmen zum Entwurf der 1. Änderung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes

tes (INSEK) hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage unter den jeweiligen Abwägungsvorschlägen der Verwaltung angegeben ist.

2. Die in der Anlage 3 zu dieser Entscheidungsvorlage enthaltene Endfassung der 1. Änderung des INSEK der Stadt Dessau-Roßlau in der Fassung vom Mai 2015 wird beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die 1. Änderung des INSEK ortsüblich bekannt zu machen sowie an das Layout des INSEK anzupassen.

**Abstimmungsergebnis:** 36:00:00

**7.3 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Zuwendungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA für den Zeitraum vom 17. Juni 2015 bis 2. September 2015**  
**Vorlage: BV/240/2015/I-OB**

Der Annahme, der in der Übersicht dargestellten Spenden, Schenkungen und Zuwendungen für die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau und für die Eigenbetriebe der Stadt für den Zeitraum 17. Juni 2015 bis 2. September wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:00

**7.4 Flächendeckende Breitbandversorgung für die Stadt Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: BV/244/2015/I-OB**

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt den flächendeckenden Infrastruktur-Ausbau von Hochleistungsgeschwindigkeitsnetzen (NGA-Breitband-netze - Next-Generation-Access) in der Stadt Dessau-Roßlau und deren Stadtteilen zu forcieren.
2. Damit sind auch alle erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen (u. a. Erstellung einer Machbarkeitsstudie, Abfrage Marktkonsultation) inbegriffen.
3. Dem Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau ist nach Abschluss aller notwendigen zur Beantragung von Fördermitteln vorgeschriebenen Voruntersuchungen eine Beschlussvorlage auszureichen, die es dem Stadtrat ermöglicht, über eine optimale Ausbaustrategie für die Stadt Dessau-Roßlau zu entscheiden.
4. Unter Bewilligung der Förderzusage wird das Büro GRK Potsdam GbR mit der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:**37:00:00

**7.5 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2014**  
**Vorlage: BV/225/2015/II-20**

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzender des Stadtrates, Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau und Herr Oberbürgermeister Kuras erklärten sich befangen und nahmen an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2014 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 34:00:00

**7.6 Aufhebung der Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Benutzungsentgelten im Rettungsdienst (Gebührensatzung)**  
**Vorlage: BV/245/2015/II-37**

Die Satzung über die Erhebung von Benutzungsentgelten im Rettungsdienst (Gebührensatzung) vom 19.12.2007 wird mit Wirkung vom 01.04.2015 aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:00

**7.7 Satzung der Stadt Dessau-Roßlau zur Rechtsstellung des ehrenamtlichen Seniorenbeirates**  
**Vorlage: BV/202/2015/V-50**

Der Stadtrat beschließt die Satzung des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau.

**Abstimmungsergebnis:**37:00:00

**7.8 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 168 A 1 "BioPharma-Park Dessau"**  
**Vorlage: BV/217/2015/VI-61**

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 168 A 1 „BioPharmaPark Dessau“ für das in Anlage 2 dargestellte Gebiet.
2. Vorrangiges Ziel des Verfahrens ist es, durch die Festsetzung sach- und zielgerechter Bauflächen auf der Grundlage der §§ 1 und 9 BauGB in Verbindung mit der BauNVO die Entwicklung des BioPharmaParks Dessau städtebaulich geordnet zu steuern, insbesondere zum Zwecke der weiteren Ansiedlung biopharmaaffiner Unternehmen und ihrer Serviceeinrichtungen.
3. Der Stadtrat billigt den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB (Anlage 3) zur Übernahme der durch das Bebauungsplanverfahren sowie das parallel erforderliche Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan (Beschluss zur Einleitung des Änderungsverfahrens vom 10.07.2013 –

BV/119/2013/VI-61) entstehenden Planungskosten durch die Vertragspartnerin TEW Servicegesellschaft mbH.

4. Der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans ist ortsüblich bekannt zu machen mit dem Hinweis darauf, dass eine Umweltprüfung durchgeführt wird.

**Abstimmungsergebnis:** 36:00:01

**7.9 Architekturpreis der Bauhausstadt - eine Initiative von Stadt und Sparkasse Auslobungstext, Beurteilungskriterien und personelle Besetzung der Jury**  
**Vorlage: BV/220/2015/VI-61**

1. Die am 26.06.2011 in Kraft getretene Satzung über den Architekturpreis der Bauhausstadt Dessau wird in Bezug auf die § 6 Jury und § 7 Ausstattung des Preises gemäß Anlage 2 geändert. Die Änderung ist ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die personelle Besetzung der Jury, die über die Preisverleihung entscheidet, wird entsprechend der Anlage 3 bestätigt.
3. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt die Auslobungs- und Beurteilungskriterien des Architekturpreises 2016 der Bauhausstadt Dessau gemäß der Anlagen 3 und 4.
4. Zusätzlich zu § 7 der Satzung über den Architekturpreis der Bauhausstadt Dessau wird die Verwaltung beauftragt, die Voraussetzungen zur Auslobung eines Publikumspreises zu schaffen.
5. In die Haushaltsplanung für das Jahr 2016 sind zur Deckung aller Kosten, die durch die Auslobung und Verleihung des Architekturpreises entstehen, zusätzlich 1.500,00 € zu den von der Stadtparkasse zur Verfügung gestellten 6.000,00 € einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:00

**7.10 Straßenbenennung - Prof.-Möhlmann-Straße -**  
**Vorlage: BV/228/2015/VI-61**

Es wird beschlossen die neue Erschließungsstraße im BioPharmaPark Dessau „Prof.-Möhlmann-Straße“ zu nennen.

**Abstimmungsergebnis:**37:00:00

**7.11 Bewilligung von Fördermitteln für die Aufwertungsmaßnahme "Aufwertung des Wohnhauses Flössergasse 20-28" des Wohnungsverein Dessau eG aus dem Programm "Stadtumbau-Ost" des Programmjahres 2014 im Fördergebiet Innenstadt**  
**Vorlage: BV/229/2015/VI-61**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau fördert das Projekt „Aufwertung des Wohnhauses Flössergasse 20-28“ des Wohnungsverein Dessau eG gemäß dem Bewilligungsbescheid des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt für das Programmjahr 2014, Programmbereich Aufwertung, des Fördergebietes Innenstadt vom 04.12.2014.
2. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2018 einzuplanen und durch das Fachamt zu beantragen.
3. Die Experimentierklausel ist anzuwenden.

4. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen entsprechenden Fördermittelbescheid für den Vorhabenträger auf der Grundlage einer Vereinbarung zur Umsetzung der Experimentierklausel zu erstellen und auszureichen.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:00

**7.12 Gewährung einer Zuwendung an die Deutsche Bahn Station & Service AG zur Ausstattung der Bahnsteige am Hauptbahnhof Dessau**  
**Vorlage: BV/233/2015/VI-61**

1. Die Bahnsteige 1, 2/3, 4/5 und 6/7 am Hauptbahnhof Dessau sollen mit besonderem Inventar gemäß der Anlage 2, Anhänge 1.1 und 1.2 ausgestattet werden.
2. Zur Gewährung einer Zuwendung zur Ausstattung der Bahnsteige am Hauptbahnhof Dessau wird der dieser Beschlussvorlage als Anlage 2 beigefügte Vertrag zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und der Deutschen Bahn Station & Service AG geschlossen.
3. Im Haushaltsplan für Jahr 2016 ist das Produktkonto 51110 5316000 von 50.000 € auf 68.000 € zu erhöhen.
4. Während der Laufzeit des Vertrages ist beim Tiefbauamt der Haushaltsansatz für das Produktkonto 51110 5316001 jährlich um 1000 € zu erhöhen.

**Abstimmungsergebnis:** 36:00:01

**8 Wiedervorlagen**

**8.1 Satzung der Stadt Dessau-Roßlau zur Rechtsstellung der/des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten**  
**Vorlage: BV/031/2015/V-50**

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Dessau-Roßlau zur Rechtsstellung der/des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:00

**8.2 Neufassung der "Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Kindertagespflege"**  
**Vorlage: BV/076/2015/V-51**

**Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, merkte an, dass er sich nicht gegen die Beschlussvorlage äußern werde. Jedoch war es eine spannende Metamorphose der Diskussion und zu hoffen ist, dass das so bleibt, da noch viel getan werden muss. In der Diskussion sowie in der Beschlussfassung war der Jugendhilfeausschuss bereits deutlich weiter. Mit den Beträgen, welche die Erzieherinnen nun erhalten, ist man jedoch einen Schritt weiter gekommen. Um zu sehen, ob die Dinge in der Praxis zu vertretbaren Bedingungen führen, muss es nun eine Evaluierung geben. Mit dem Beschluss des Stadtrates, Kindertagespflege in dieser Form zu unterstützen, bedeutet das auch, sich um die entstehenden Strukturen zu kümmern. Der Jugendhilfeausschuss war in dieser Absicht bereits ein Stück weiter als der Finanzausschuss. Die

Rechtsstellung sowie die andere Haushaltsverantwortung des Jugendhilfeausschusses wurden hier bereits hinlänglich diskutiert. Durch die Evaluierung können die Dinge in absehbarer Zeit bewertet werden. Diese neuen Erkenntnisse können dann auch in neue Beschlüsse einfließen. Bereits jetzt gibt es einen rückwirkenden Ausgleich, was einen Fortschritt darstellt. Er bat um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Die beigefügte Neufassung der „Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Kindertagespflege“ wird beschlossen (Anlage A).

**Abstimmungsergebnis:** 36:00:01

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, verwies auf die bereits verteilte Einladung zur Feierstunde anlässlich des 25. Jahrestags der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2015, 11:30 Uhr an der Friedensglocke.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## **10 Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde um 18:08 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 16.10.15

---

Lothar Ehm  
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer